

R1 Megastall in Haßleben gestoppt: Der Kampf für eine andere Landwirtschaft lohnt sich

Antragsteller*in: Benjamin Raschke
Tagesordnungspunkt: 5 Resolution Haßleben

1 Der geplante Bau der riesigen Schweinemastanlage im uckermärkischen Haßleben war
2 über anderthalb Jahrzehnte Symbol für eine völlig verfehlte
3 Landwirtschaftspolitik der SPD-Landesregierung. Der niederländische Investor
4 plante einen Megastall mit zunächst 80.000, später „nur“ 37.000 Schweinen - mit
5 unwürdigen Bedingungen für die Tiere, ungeheuren Mengen an Gülle, Gestank, Lärm
6 und entsprechenden Folgen für Umwelt, Bevölkerung und den Naturtourismus im
7 ländlichen Raum. Ebenso lange währt der Kampf der lokalen Bürgerinitiative für
8 eine andere Landwirtschaft, unterstützt von Umweltverbänden, Tierschutzverbänden
9 und Bündnis 90/Die Grünen. Noch im Mai 2016 wischte das Landesumweltamt alle
10 Widersprüche der BI und der Verbände vom Tisch - und zeigte damit, dass auch das
11 erfolgreiche Volksbegehren gegen Massentierhaltung nichts an der Haltung von
12 Landesregierung und Verwaltung geändert hat.

13 Nun gab es die Quittung vor Gericht: Das Verwaltungsgericht Potsdam hat den Bau
14 der Anlage untersagt. Die vom Landesumweltamt erteilte Genehmigung scheiterte
15 schon im ersten Schritt, das Gericht rügte die fehlende planungsrechtliche
16 Grundlage. Die Mängel erschienen dem Gericht so gravierend, dass eine Berufung
17 gegen das Urteil nicht zugelassen wurde.

18 Wir gratulieren der Bürgerinitiative und den beteiligten Verbänden zu diesem
19 großartigen Etappensieg. Nur ihrem beharrlichen Widerstand ist es zu verdanken,
20 dass das Recht jetzt auch zu seinem Recht kommt!

21 Nun liegt der Ball erneut bei der Landesregierung. Das Umweltministerium kann
22 die Zulassung der Berufung beantragen – oder endlich Konsequenzen ziehen! Aus
23 Sicht von Bündnis 90/Die Grünen muss das Urteil ein Weckruf sein an die SPD, die
24 Genehmigungspraxis für Tierhaltung in Brandenburg grundlegend zu ändern. Das
25 jahrelange juristische Gezerre schürt nur gesellschaftliche Konflikte und
26 verhindert Planungssicherheit auch für Tierhalterinnen und Tierhalter. Die
27 Kommunen müssen endlich Mitspracherecht bei großen Stallanlagen haben – bislang
28 sitzt Infrastrukturministerin Kathrin Schneider diesen Auftrag aus dem
29 Kompromiss zum Volksbegehren aus. Brandenburg braucht außerdem ein
30 Verbandsklagerecht für Tierschutzverbände - selbst im SPD-Bundestagswahlprogramm
31 war diese Forderung enthalten. Außerdem muss die Aussetzung des Sofortvollzugs
32 zum Regelfall werden - das erspart dem Land im Fall von Haßleben jetzt hohe
33 Ausgaben für Schadensersatzklagen. Wir erwarten außerdem, dass sich Investoren
34 künftig an die Festlegungen des Tierschutzplans halten, der in Folge des
35 Volksbegehrens derzeit erarbeitet wird. Und schließlich muss sich die
36 Förderpolitik für Stallbauten in Zukunft am Tierschutz und an Umweltstandards
37 orientieren. Nur so bekommen wir eine artgerechte, zukunftsweisende
38 Landwirtschaft in Brandenburg.

39 Bündnis 90/Die Grünen Brandenburgs stehen auch weiterhin an der Seite aller
40 Bürgerinitiativen, die für eine solche Landwirtschaft streiten. Haßleben hat
41 gezeigt, dass sich auch ein langer Kampf lohnt.

Unterstützer*innen

Cornelia Behm (KV Potsdam-Mittelmark); Reinhild Benning (KV Oberhavel); Peter Ernst (KV Potsdam-Mittelmark); Michael Fürst (KV Dahme-Spreewald); Ursula Nonnemacher (KV Havelland); Andreas Rieger (KV Dahme-Spreewald); Clemens Rostock (KV Oberhavel); Rainer Schneewolf (KV Prignitz); Axel Vogel (KV Barnim)